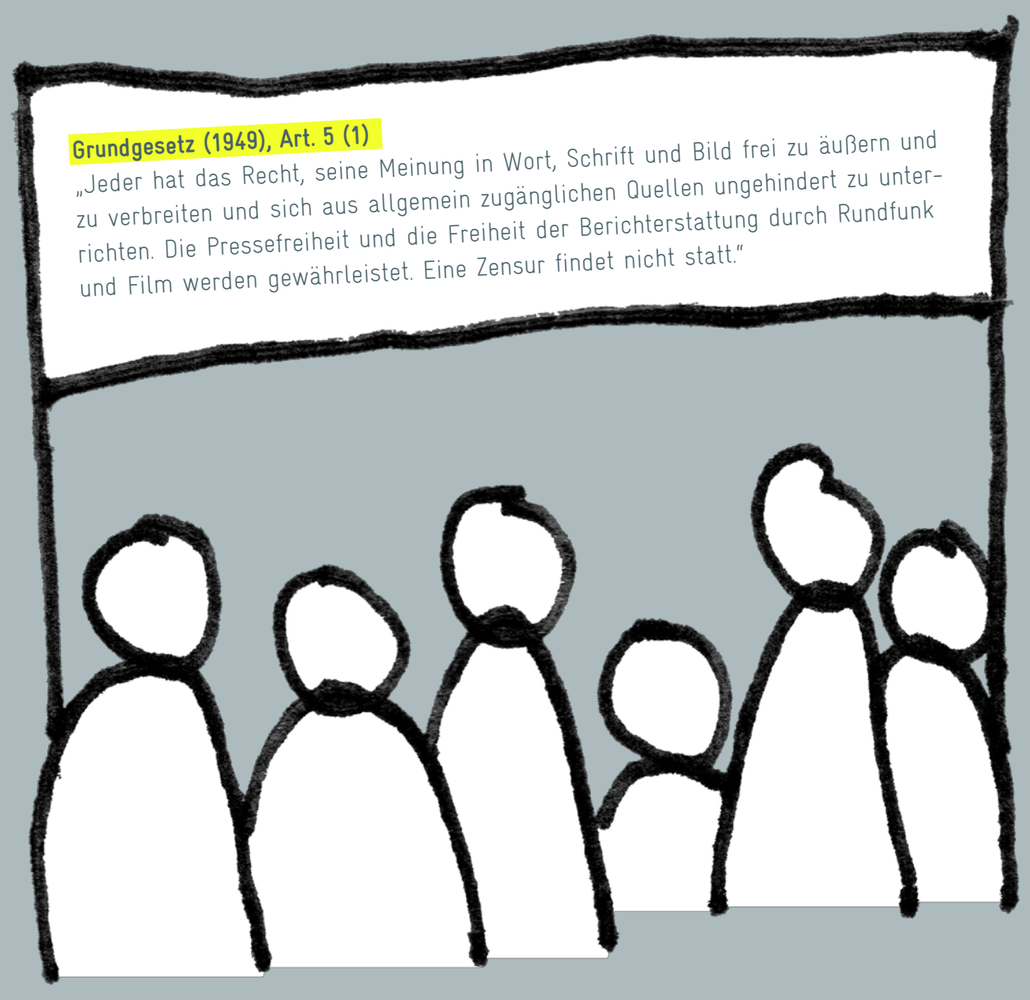


Martin Luther King
Meinungsfreiheit gilt wie alle anderen Menschenrechte für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Hautfarbe. Martin Luther King (1929–1968) war ein Bürgerrechtler aus den USA, der sich für die Aufhebung der Rassentrennung einsetzte und dafür 1964 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Vier Jahre später wurde er bei einem Attentat erschossen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), Art. 19
„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Fake News
„Fake" bedeutet im Englischen „gefälscht" und „News" bedeutet „Nachrichten". Fake News sind also gefälschte Nachrichten. Mit reißerischen Schlagzeilen, gefälschten Bildern und Behauptungen werden so Lügen und Propaganda verbreitet. Fake News erwecken den Eindruck, dass es sich um echte Nachrichten handelt. Das Streuen von falschen Informationen zu politischen Zwecken hat eine lange Tradition, aber der Verbreitungsweg ist in Zeiten des Internets neu: Heute sollen Dich gefälschte Nachrichten zum Anklicken, Liken und Weiterleiten bringen. Dadurch wird Geld verdient. Kriminelle nutzen Fake News für Betrügereien. Manche Fake News schleusen auch Computer-Viren auf Deinen Rechner oder Dein Smartphone und werden auch zur politischen Hetze eingesetzt. Falsche Behauptungen sowie erfundene Skandale sollen die Glaubwürdigkeit von Politikerinnen und Politikern untergraben und so Wählerinnen und Wähler beeinflussen.

Französische Revolution
„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" waren die Schlagworte der Französischen Revolution im Jahr 1789. Der Begriff „Revolution" kommt aus dem Französischen und bedeutet „Umwälzung". Damals wurde in Frankreich durch einen großen Volksaufstand der König gestürzt. Unter schweren Opfern entstand eine neue politische Ordnung, in der nicht mehr der König, sondern das Volk die Macht hatte. Anfangs nahm die Meinungsfreiheit eine zentrale Rolle in den Zielen der Revolution ein. Die Jakobiner, die 1792 die Macht übernahmen, herrschten allerdings mit aller Gewalt, mit Einschüchterung und Unterdrückung. Politisch Andersdenkende wurden verfolgt und hingerichtet.

Menschenrechte
Alle Menschen sollten bestimmte Rechte haben, unabhängig davon, in welchem Land oder Staat der Erde sie auch leben. Diese Menschenrechte wurden von den Vereinten Nationen im Jahr 1948 aufgeschrieben. Viele Staaten, darunter auch Deutschland, haben diese Rechte in ihrer Verfassung als sogenannte Grundrechte festgeschrieben.

Olympe de Gouges
Die französische Frauenrechtlerin Olympe de Gouges (1748–1793) verfasste 1791 die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin". Im ersten Artikel hieß es darin: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten". Das war wirklich feministisch-revolutionär, denn selbst die festgeschriebenen Freiheits- und Gleichheitsrechte der Französischen Revolution bezogen sich nur auf Männer. Olympe de Gouges wurde 1793 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Theodor Reh
Theodor Reh (1801–1861) war ein Politiker aus Darmstadt, der sich vor rund zweihundert Jahren für Pressefreiheit einsetzte. Dafür verbrachte er mehrere Monate im Gefängnis. Später war er Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten gewählten Parlament in Deutschland.

1_1 MEINUNGSFREIHEIT – WAS IST DAS ÜBERHAUPT?

Meinungsfreiheit ist ein zentrales Grund- und Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht dazu, seine Meinung zu bilden und zu äußern. Bereits im Zuge der **Französischen Revolution** 1789 wurde die Meinungsfreiheit als wichtiges Bürgerrecht formuliert. Im Laufe der Jahrhunderte haben viele Menschen dafür gekämpft, dass Du heute sagen kannst, was Du möchtest – und was nicht. Heute ist die **Meinungsfreiheit in den Allgemeinen Menschenrechten** der Vereinten Nationen festgeschrieben. In Deutschland steht sie im **Grundgesetz**.

Um Dir eine eigene Meinung bilden zu können, musst Du Dich informieren. Ohne freie und unabhängige Berichterstattung, z. B. in Zeitungen, im Fernsehen oder im Internet, kann eine freie Gesellschaft nicht funktionieren. Menschen müssen sich informieren können, zudem sollen die Mächtigen kontrolliert werden. Wo und wie Du Dich informieren möchtest, bleibt Dir überlassen. Wichtig aber ist, dass Du die Möglichkeit dazu hast – und dass diese Möglichkeit sichergestellt ist. Dies wird durch die Informations- und Pressefreiheit gewährleistet, die im Grundgesetz festgeschrieben ist. Grundsätzlich darf niemand Journalistinnen und Journalisten vorschreiben, was sie zu berichten haben.

Du kannst Deine Meinung auf unterschiedliche Weise kundtun. Du kannst Demonstrationen organisieren und unterstützen, Plakate kleben und Blogs verfassen. Dazu gehört auch, dass Du Dir aussuchen kannst, welche Kleidung Du trägst und welche Musik Du hörst.

Unsere Demokratie würde ohne Meinungsfreiheit nicht funktionieren. Eine pluralistische und tolerante Gesellschaft besteht aus vielen Gruppen mit unterschiedlichen Werten und Ansichten. Es muss Dir überlassen sein, an was Du glaubst, welche politische Meinung Du hast und wie Du leben willst. Kritik und Alternativen, Minderheitenschutz und Kompromissbereitschaft sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft zentral. Parlamente, Wahlen und Demonstrationen sind ohne freie Meinungsäußerung nicht denkbar.

Meinungsfreiheit hat aber auch Grenzen: Sie endet dort, wo die Würde eines anderen Menschen verletzt wird. Eingeschränkt werden kann das Recht der Meinungsfreiheit heute nur durch allgemeine Vorschriften und Gesetze, wie sie z. B. im Jugendschutzgesetz festgehalten sind. Früher spielte die Zensur eine wichtige Rolle – und in manchen Regionen der Welt ist das auch heute noch so.

* Es gibt viele Möglichkeiten, sich darüber zu informieren, was in der Welt geschieht. Wie informierst Du Dich?

* Welche Zeitungen oder Fernsehsender berichten über Deinen Wohnort?

* Kann man alles glauben, was in den Nachrichten gezeigt wird?

* Welche Vor- und Nachteile haben unterschiedliche Medien wie Zeitungen, Fernsehen, Radio, Facebook, Wikipedia oder Blogs?

Die Broschüren-Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte" der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigte sich 2016 mit dem Thema „Pressefreiheit" (APuZ 30–32/2016).

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN

Frauen- und Mädchenrechte:
Luise Büchner & Malala Yousafzai

Zu den ersten Frauenrechtlerinnen in Deutschland zählte die Darmstädter Schriftstellerin und Journalistin Luise Büchner (1821–1877), die erste Frauenvereine gründete. Sie setzte sich für eine gleichwertige Ausbildung von Mädchen und Jungen sowie für eine qualifizierte Berufsausbildung von Frauen ein. Zudem forderte sie die Ausbildung und Einstellung von Lehrerinnen.

Die pakistanische Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai (* 1997) setzt sich besonders für die Rechte von Mädchen und die schulische Bildung der weiblichen Bevölkerung ein. In einem Blog schilderte sie ihre eigenen Erfahrungen darüber, dass in ihrer Heimat Mädchen der Schulbesuch verboten ist. 2012 wurde sie bei einem gezielten Attentat schwer verwundet. Für ihr Engagement erhielt Malala Yousafzai 2014 den Friedensnobelpreis – als jüngste Preisträgerin aller Zeiten. Seit 2017 ist sie Friedensbotschafterin der Vereinten Nationen.

1_2 MEINUNGSFREIHEIT UND ANDERE GRUNDRECHTE

Es gibt unterschiedliche Grund- oder Menschenrechte, die in Deutschland im Grundgesetz festgeschrieben sind (in den Artikeln 1–19). Im ersten Artikel des Grundgesetzes Absatz 1 heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Der Würde des Menschen kommt also eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie muss auch gewahrt bleiben, wenn Du Deine Meinung äußerst.

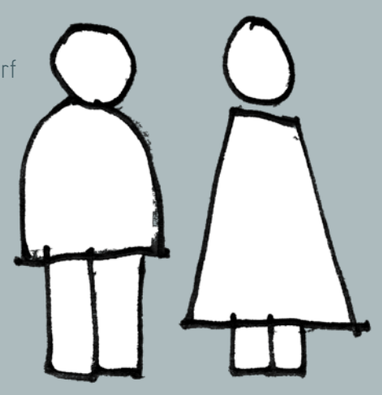
Manche **Grundrechte** stehen in ganz engem Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit, wie die Informations- und die Pressefreiheit. Aber auch andere Grundrechte sind für die Ausübung Deiner Meinungsfreiheit zentral. Ganz wichtig für die Meinungsfreiheit etwa ist, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind – egal ob Frau oder Mann. Auch darf es keine Rolle spielen, welchen Glauben Du hast und welche Religion Du ausübst. Diskriminierung ist allgemein verboten – das betrifft auch Deine Herkunft und Deine politische Anschauung. In den **Artikeln 3 und 4 des Grundgesetzes** ist das genauer geregelt. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Glaubens- und Religionsfreiheit sind keineswegs selbstverständlich. Was uns heute normal erscheint, haben Frauen und Männer hart erkämpft.

Das trifft auch auf das **Recht auf Bildung** zu, das in den Allgemeinen Menschenrechten festgeschrieben ist. Wenn Du nicht Lesen und Schreiben kannst, wenn Du nicht gelernt hast, wie Du an Informationen gelangst, dann ist es schwierig, Dir Deine eigene Meinung zu bilden und sie zu äußern. Deshalb ist Bildung für das Recht auf Meinungsfreiheit grundlegend.

In manchen Regionen der Welt sind diese Grund- und Menschenrechte nicht (oder nur teilweise) umgesetzt. Aber auch in Deutschland gibt es immer wieder Themen, die neu verhandelt werden müssen. Hitzig diskutiert wird zum Beispiel das **Burka-Verbot**. Auch das Gesetz gegen Hasskriminalität im Internet von 2017 ist umstritten.

Gleichberechtigung und Diskriminierungsverbot (Grundgesetz, Art. 3)

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."



Recht auf Bildung

„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung", heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948), Artikel 26. Dafür muss es genügend Schulen, Lehrkräfte und Unterrichtsmaterial geben. Insbesondere für die schwächsten Gruppen muss Bildung frei zugänglich sein, was beispielsweise behinderte Kinder und Kinder aus armen oder sozial benachteiligten Familien besonders betrifft. Viele Kinder auf der Welt haben keinen freien Zugang zu Bildung. Auch in Deutschland ist der Bildungserfolg stark davon abhängig, wie wohlhabend die Eltern sind. Über zwei Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben.

Glaubens- und Religionsfreiheit (Grundgesetz, Art. 4)

„Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Grundrechte: Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus

Grundrechte bilden die Basis unserer Demokratie. Sie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg (1949) im Grundgesetz niedergeschrieben. Die Frauen und Männer, die daran gearbeitet haben, hatten mit dem Nationalsozialismus grenzenloses Unrecht erlebt. Ein solches Regime sollte es in Deutschland nicht mehr geben können. Nie wieder sollte eine Regierung willkürlich in das Recht des Einzelnen eingreifen oder den Rechtsstaat abschaffen können.

Recht auf Glaubensfreiheit: Martin Niemöller

Der evangelische Theologe Martin Niemöller (1892–1984) setzte sich während des Nationalsozialismus für die freie Ausübung seines Glaubens ein, wurde dafür inhaftiert und verbrachte mehrere Jahre in Konzentrationslagern. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er führend am Aufbau einer neuen Kirche in Hessen beteiligt sowie in der Friedensbewegung aktiv.

Burka-Verbot?

Das Tragen einer Burka, also einer Ganzkörperverschleierung, ist in Deutschland prinzipiell erlaubt. Nur in bestimmten Fällen ist es verboten. In Hessen trat 2011 ein Gesetz in Kraft, welches das Tragen einer Burka im öffentlichen Dienst verbietet. Begründet wurde das Verbot damit, dass öffentlich Bedienstete sich politisch und religiös neutral verhalten müssen. In vielen europäischen Ländern wurde ein Burka-Verbot diskutiert. Auch unter Muslimen und Muslimas ist das Tragen einer Burka umstritten.
In Österreich gilt seit 2017 ein neues „Anti-Verhüllungsgesetz".

* Welche der links genannten Grundrechte hältst Du für wichtig, sehr wichtig bzw. für absolut notwendig?

* Wann wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt? Wenn Du es nicht weißt, gebe vor der Recherche einen Tipp ab!

* Wo haben Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männer?

* Was haben Luise Büchner und Malala Yousafzai gemeinsam?

* Beschränkt ein Burka-Verbot die Meinungsfreiheit? Suche Argumente dafür und dagegen! Wie ist die gesetzliche Regelung in Deutschland und anderen europäischen Ländern?

Aus der Reihe „Informationen zur politischen Bildung" gibt es ein eigenes Heft zum Thema Grundrechte. Das kannst Du Dir über die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) kostenlos bestellen. Auf der Homepage kannst Du auch alle Grundrechte aufrufen.

„Alles ist möglich – Das Freiheits-Heft" ist der Titel einer Publikation aus der Reihe „fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung" (fluter, Nr. 15).

1 WAS IST MEINUNGSFREIHEIT?

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN

Reformation vor Ort:
Johannes Drach & Erasmus Alberus

Im Jahr 1517 brachte Martin Luther (1484–1546) mit seinen berühmten 95 Thesen einen umwälzenden Prozess in Gang: die Reformation (lateinisch für „Umgestaltung", „Erneuerung"). Luther verurteilte etwa, dass Gläubige die Vergebung ihrer Sünden erkaufen konnten (durch sogenannte Ablass-Scheine). Damit provozierte er die damaligen Kirchenführer. Die christliche Kirche spaltete sich schließlich in unterschiedliche Glaubensrichtungen. Die neue evangelische Kirche berief sich auf die Gedanken Martin Luthers.

Der Beginn der Reformationszeit markierte den Übergang vom Mittelalter zur Moderne. Die Reformation brachte weder Religions- noch Meinungsfreiheit, aber Vieles, was Dir heute selbstverständlich erscheint, hat in dieser Zeit seine Wurzeln. Auch das Recht, seine Meinung frei äußern zu dürfen – selbst wenn diese den Herrschenden nicht passt.

Martin Luther hatte zahlreiche Feinde, aber auch viele Anhänger und Freunde, die seine neuen Ideen gut fanden. Seine Anhänger predigten nach seiner Lehre und verbreiteten so die Gedanken der Reformation. Einer jener Anhänger war Johannes Drach (ca. 1494–1566), ein humanistischer Philosoph und Theologe. Als erster Stadtpfarrer von Miltenberg am Main 1522 konnte sich der Lutheraner nicht durchsetzen: Er wurde der Ketzerei bezichtigt und aus der Kirche ausgeschlossen. Im Amt Babenhausen (im heutigen Südhessen) war Erasmus Alberus (ca. 1500–1553) für die Reformation zuständig. Er führte 1545 Gottesdienste in deutscher Sprache ein, zuvor gab es nur Predigten in Latein.

Hessische Freiheitskämpfer: Georg Büchner & Friedrich Ludwig Weidig
1834 brachten die beiden Revolutionäre Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig gemeinsam mit weiteren Freiheitskämpfern die Flugschrift „Der Hessische Landbote" heraus. Die Verfasser riefen die Landbevölkerung zum Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit auf. „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!", hieß es in der Schrift. Der Aufruf ging auf ein Schreiben von Pariser Revolutionären aus dem Jahr 1792 zurück.

Georg Büchner (1813–1837) gilt als ein wichtiger Schriftsteller des Vormärz – obwohl er schon im Alter von 23 Jahren verstarb. Vormärz wird die Zeit vor der Revolution 1848 genannt, die im März des Jahres begann. Inspiriert durch die so genannte Julirevolution in Frankreich 1830 kämpften auch in Deutschland Menschen für Freiheitsrechte und gegen die herrschende Obrigkeit. Einer dieser Vorkämpfer des demokratischen Freiheitsgedankens war der Theologe Friedrich Ludwig Weidig (1791–1837). Er veröffentlichte die illegale Flugschrift „Leuchter und Beleuchter für Hessen". Sein Eintreten für die Freiheit brachte ihn hinter Gitter. Weidig starb nach qualvoller Folter 1837 im Gefängnis in Darmstadt.

2_1 ENTWICKLUNG DER MEINUNGSFREIHEIT IM 16.–19. JAHRHUNDERT

Es war ein langer und steiniger Weg bis hin zu der Form von Meinungsfreiheit, die heute im Deutschen Grundgesetz und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Die Geschichte der Meinungsfreiheit reicht lange zurück. Ein wichtiger Meilenstein in ihrer Entwicklung war die Erfindung des **Buchdrucks**. Nun war es viel leichter möglich seine Meinung zu verbreiten. Auch die **Reformation**, die vor 500 Jahren begann, hatte großen Einfluss. Sie bahnte den Weg für den Gedanken neuer Freiheiten. Manche sehen die Meinungsfreiheit sogar als ein Erbe der Reformation.

Großen Einfluss auf den Freiheitsgedanken hatten ganz sicher die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789, die auch in Deutschland ihre Spuren hinterließ. Dazu zählt die **„Mainzer Republik"**, die 1793 von Anhängern der Revolution gegründet wurde. Sie existierte nur für kurze Zeit, ihre Gründer beriefen sich aber auf die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Auf die Zeit der Französischen Revolution folgte eine Phase, in der die europäischen Monarchen die blutig erkämpften Freiheitsrechte der Bevölkerung zum Teil wieder rückgängig machten. Diese Zeit (ca. 1815-1830/40) wird Restauration genannt. Es gab damals kein Recht auf freie Meinungsäußerung – ganz im Gegenteil: Mit den „Karlsbader Beschlüssen" (1819) wurden Gesetze beschlossen, die zur Zensur der Presse führten und die öffentlich schriftliche Meinungsäußerung stark einschränkten. Freiheitsfreunde wurden verfolgt, verhaftet und in Kerker gesperrt. Es gab aber auch Menschen, die sich das nicht gefallen lassen wollten und sich für den Freiheitsgedanken einsetzten.

Ein weiterer ganz wichtiger Meilenstein war die **Revolution 1848/49**, die im März 1848 begann und im Juli 1849 mit einer politischen Niederlage endete. Sie war Teil einer Revolutionswelle, die über Europa schwappte. Die Revolution führte zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen für eine Nationalversammlung, das erste gesamtdeutsche Parlament, das in der Frankfurter Paulskirche tagte. Nach langen Beratungen verkündete das Parlament im März 1849 eine erste deutsche Verfassung.

Die Mainzer Republik
Als französische Revolutionstruppen Mainz besetzten, gründete sich dort 1793 die erste Republik auf deutschem Boden: die „Mainzer Republik". Aus 130 Städten und Dörfern aus der Umgebung kamen gewählte Gesandte nach Mainz. Sie verstanden sich – und das war neu! – als Vertreter der gesamten Bevölkerung. Der von ihnen gegründete Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent kann daher als erstes modernes Parlament in Deutschland angesehen werden. Wählen durften allerdings nur Männer, und auch nur diejenigen, die zuvor einen Eid auf die Grundsätze der Französischen Revolution geleistet hatten. Die junge „Republik" war jedoch nur von kurzer Dauer: sie existierte von März bis Juli 1793. Heute heißt der Platz vor dem Rheinland-Pfälzischen Landtag – wo einst der Nationalkonvent tagte – „Platz der Mainzer Republik".

Erfinder des Buchdrucks:
Johannes Gutenberg & Peter Schöffer

Als Erfinder des modernen Buchsdrucks (mit auswechselbaren Druckbuchstaben in einer Druckerpresse) kennst Du vielleicht Johannes Gutenberg (ca. 1400–1486) aus Mainz. Um 1450 fertigte Gutenberg erste Einblattdrucke und Bücher an. Auf der von ihm erfundenen Druckerpresse entstand die nach ihm benannte Gutenberg-Bibel.

Weniger bekannt ist hingegen Gutenbergs Mitarbeiter in Mainz und Miterfinder des Buchdrucks, Peter Schöffer (1425–1503). Er war etwa für Verbesserungen der beweglichen Druckbuchstaben (der Lettern) verantwortlich. Als einer der ersten Buchhändler und Verleger war Schöffer entscheidend am wirtschaftlichen und technologischen Erfolg der Drucktechnik beteiligt.

Der Buchdruck ermöglichte erstmals die massenhafte Verbreitung von Wissen, Nachrichten und Meinungen frei von Kontrolle durch Kirche und Obrigkeit, was langfristig große gesellschaftliche Umwälzungen beförderte. Für die Aufklärung und die Verbreitung von Freiheitsgedanken bot die flexible, relativ kostengünstige und rasche Herstellung größerer Auflagen eine enorm wichtige Voraussetzung.

Revolution 1848/49:
Nationalversammlung in der Paulskirche
Während der Revolution von 1848/49 kam in Deutschland zum ersten Mal eine gewählte Nationalversammlung zusammen. Ihr Tagungsort war die Paulskirche in Frankfurt am Main, die schwarz-rot-golden geschmückt war, in den Farben der Freiheitsbewegung. Die Nationalversammlung hatte das Ziel, eine neue Verfassung für ganz Deutschland zu entwerfen. Ein Erfolg der Revolution war die Aufhebung der Pressezensur. Weil die Revolution scheiterte, wurde die Nationalversammlung aufgelöst – und die Zensur der Presse wieder eingeführt.

WEITER MACHEN!

* Was wäre anders, wenn der Buchdruck nicht erfunden worden wäre?
* Welche Revolutionen kennst Du? Was verbindest Du mit dem Begriff „Revolution"?
* Wie „vernetzten" sich die Menschen früher? Und wie heute?
* Welche gewählten Abgeordneten vertreten Dich heute? Und wo?
* Ausstellungstipp: „Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit" in der Paulskirche, Frankfurt am Main, www.frankfurt.de/paulskirche
* Wäre Georg Büchner 200 Jahre später auf die Welt gekommen, würde er heute vermutlich als Blogger im Internet agieren. Filme, Hip-Hop, Fotos und andere Schülerarbeiten dazu unter www.mybuechner.de

Weiterführende Informationen liefern zwei Hefte aus Reihen der Bundeszentrale für politische Bildung: „Informationen zur politischen Bildung: Das 19. Jahrhundert" (Heft 315); „Aus Politik und Zeitgeschichte: Reformation" (APuZ 52/2016).

Internetseite zur Mainzer Republik: www.mainzer-republik.de

Die Verfassung von 1849 im Wortlaut sowie weitere Verfassungen findest Du hier: www.verfassungen.de

Herausgeber:

Weimarer Reichsverfassung, Art. 118 (Auszug)
„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. […] Eine Zensur findet nicht statt."

Kämpfer für freiheitliche Gesellschaftsordnung: Fritz Bauer
Fritz Bauer (1903–1968), von den Nationalsozialisten verhaftet und verfolgt, kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem skandinavischen Exil nach Deutschland zurück. Als Generalstaatsanwalt in Hessen war er maßgeblich an der Aufarbeitung der NS-Verbrechen beteiligt (Frankfurter Auschwitzprozesse). Im Zuge der „Spiegel-Affäre" setzte er sich intensiv mit dem Thema Pressefreiheit auseinander (Aufsatz „Was ist Landesverrat?", 1962).

2_2 ENTWICKLUNG DER MEINUNGSFREIHEIT IM 20. JAHRHUNDERT

Im Deutschen Reich (1871–1918) war die Meinungsfreiheit noch stark eingeschränkt. Zwar gab es seit 1874 ein Pressegesetz, das von der Freiheit der Presse sprach, staatliche Kontrollen und Unterdrückungsmaßnahmen blieben jedoch bestehen. Die sogenannten Sozialistengesetze (1878–1890) verboten sozialistische, sozialdemokratische und kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften. Durch den Aufstieg von Massenverbänden sowie durch die wachsende Bedeutung der Presse gewann die öffentliche Meinung jedoch zunehmend an Gewicht.

Nach dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) wurde in der **Weimarer Reichsverfassung** die Meinungsfreiheit neben anderen Grundrechten festgeschrieben, ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Meinungsfreiheit in Deutschland. In der Weimarer Republik (1919–1933) stand die Meinungsfreiheit also zumindest schon als Recht auf dem Papier.

In der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) war die Meinungsfreiheit wieder aufgehoben, es herrschte vielmehr die Zensur. Die Nationalsozialisten setzten die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft. Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit konnten nun ohne nähere Begründung vorgenommen werden. Für Lenkung und Kontrolle der Presse war das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda zuständig.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Meinungsfreiheit war die Ausarbeitung des Grundgesetzes nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis in die Gegenwart wird darin die Meinungsfreiheit als Grundrecht in der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben.

Wiederholt war die Einschränkung der Meinungs- und der Pressefreiheit auch in der demokratisch organisierten Bundesrepublik Deutschland (BRD) Thema. In den 1960er Jahren wurden die Freiheitsrechte auf harte Proben gestellt. Landesverrat oder Pressefreiheit? Diese Frage stellte sich in der **„Spiegel-Affäre"** im Jahr 1962. Und rund um die **„Notstandsgesetze"** (1968) diskutierten Teile der Öffentlichkeit heftig, wie weit die Presse gehen darf – und wie weit der Staat. Viele Menschen protestierten damals gegen eine mögliche Einschränkung der Meinungsfreiheit.

In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) blieb die Meinungsfreiheit bis zu ihrer Auflösung 1990 eingeschränkt – obwohl die Verfassung eine freie Meinungsäußerung garantierte. Es existierte auch keine freie und unabhängige Presse. Wer eine politisch nicht konforme Meinung äußerte und wer Grundfreiheiten einforderte, musste mit Verfolgung rechnen. 1989 gingen tausende Menschen auf die Straße, um für mehr Freiheit zu demonstrieren. Im Kampf um die Meinungsfreiheit spielten **Bürgerrechtler** eine zentrale Rolle.

2 MEILENSTEINE DER MEINUNGSFREIHEIT

DER SPIEGEL

Die „Spiegel-Affäre"
Im Oktober 1962 veröffentlichte die politische Zeitschrift „Der Spiegel" einen kritischen Artikel über die Bundeswehr. Daraufhin ermittelte die Bundesanwaltschaft wegen Landesverrats. Der Herausgeber der Zeitschrift sowie der zuständige Redakteur wurden verhaftet und die Redaktionen der Zeitschrift von der Polizei für mehrere Wochen besetzt. Die „Spiegel-Affäre" führte zu einer Welle von Protesten gegen den staatlichen Angriff auf die Pressefreiheit. Landesweit fanden Demonstrationen für die Wahrung der Pressefreiheit statt – ein Meilenstein in der Verteidigung der Pressefreiheit.

Notstandsgesetze
Ende Mai 1968 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Ergänzung des Grundgesetzes um die sogenannten Notstandsgesetze. Diese ermöglichten im Verteidigungsfall und bei inneren Unruhen die Einschränkung von Grundrechten (etwa des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses). Zuvor war es zu heftigen öffentlichen Debatten und zu bundesweiten Protestaktionen gekommen. Gegen die Gesetzespläne hatte sich eine außerparlamentarische Opposition aus Studentenverbänden, Gewerkschaften, Intellektuellen und kirchlichen Organisationen gebildet.
Die Kritiker vertraten die Meinung, die Notstandsgesetze seien unvereinbar mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipen.

Bürgerrechtler in der DDR
„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern", hieß es in der Verfassung der DDR (1949). Die Realität sah jedoch anders aus: Wer sich für Meinungsfreiheit und andere Bürgerrechte einsetzte, musste mit dem Widerstand der Staatsgewalt rechnen, mit Berufsverbot, Verhaftung und Gefängnis. Das Ministerium für Staatssicherheit, kurz „Stasi", bespitzelte die Bevölkerung auf der Suche nach Menschen mit abweichender Meinung. Mutige Männer und Frauen kämpften dennoch für die Meinungsfreiheit, gingen in die Öffentlichkeit, organisierten Proteste und Demonstrationen.

* Kennst Du Menschen, die in der ehemaligen DDR gelebt haben? Welche Erinnerungen haben sie an die Demonstrationen von 1989? Und welche an das Leben in der DDR davor?

* Sollte der Staat die Meinungsfreiheit einschränken dürfen? Und in welchem Fall? Wie ist das in Deutschland geregelt? Und wie in anderen Ländern?

* Ausflugstipp: Gedenkstätte Point Alpha an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Nordhessen, www.pointalpha.com

* Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR vermittelt die Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Kontakt: www.hlz.hessen.de/themen/th-sed

* Frankfurt am Main war ein Zentrum der Studentenunruhen um 1968. Zentrale Orte der Revolte findest Du hier: www.orte-der-revolte.de

Aus der Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen" der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung gibt es eine Veröffentlichung von Irmtrud Wojak zu „Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945" (Blickpunkt Hessen, Nr. 2/2011).

Ein eigenes Heft zum Thema „Weimarer Republik" liegt aus der Reihe „Informationen zur politischen Bildung" der Bundeszentrale für politische Bildung vor (Heft 261).

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN

Salonkultur: Sophie von La Roche

Sophie von La Roche (1730–1807) gilt als Deutschlands erste Bestsellerautorin. Doch sie war nicht nur Berufsschriftstellerin, sondern veranstaltete auch literarische Salons. Für wohlhabende und gebildete Frauen bot die Ausrichtung von Salons eine Gelegenheit, am gesellschaftlichen und politischen Leben der Zeit mitzuwirken. Die Stadt Offenbach, wo die Schriftstellerin seit 1786 lebte, verleiht seit 2010 den „Sophie von La Roche-Preis für die Gleichberechtigung von Frauen".

Satire: Stoltze, Gernhardt, Böhmermann

Der Freiheitsdichter und Demokrat Friedrich Stoltze (1816–1891) gab die von ihm gegründete satirische Wochenzeitschrift „Frankfurter Latern" heraus. In jeder Ausgabe ließ er den Kleinbürger Hampelmann in Frankfurter Mundart über aktuelle politische Themen nachdenken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg prägte die „Neue Frankfurter Schule" die Satire in Deutschland. Einer ihrer Mitbegründer war der Schriftsteller und Lyriker Robert Gernhardt (1937–2006), mitverantwortlich auch für die Satirezeitschriften „pardon" (1962) und die bis heute erscheinende „Titanic". Die Redaktion der „Titanic" wurde mehrfach angezeigt und teilweise zur Zahlung von Schmerzensgeld verklagt.

Die Frage „Was darf Satire?" muss immer wieder neu verhandelt werden, auch wenn Satire heute durch das Grundgesetz geschützt ist (Meinungsfreiheit und Freiheit der Kunst). 2016 schlug ein Gedicht des Satirikers Jan Böhmermann (* 1981) mit dem Titel „Schmähkritik" über den türkischen Präsidenten Erdogan hohe Wellen. Böhmermann verwies noch vor der Veröffentlichung des mit Schmähungen gespickten Gedichts darauf, dass es ihm nur darum gehe zu zeigen, wann Spott die Grenze der Satirefreiheit in Deutschland überschreite.

3_1 SALONS, FLUGBLÄTTER, LIEDER, SATIRE: MEDIEN DER MEINUNGSFREIHEIT (1)

Jeder hat das Recht dazu, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten". Aber wie war es Menschen möglich, ihre Meinung zu verbreiten, als es noch kein Radio, kein Fernsehen und kein Internet gab?

Im 18. Jahrhundert gab es noch sehr wenige Möglichkeiten, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Deshalb spielten literarische Salons eine ganz wichtige Rolle. Salons waren gesellige Treffen, die meist in privaten Räumen abgehalten wurden. Hier fanden Lesungen und musikalische Veranstaltungen statt, aber auch Diskussionen um wissenschaftliche und politische Themen. In den geschützten Räumen konnten Ideen ausgetauscht werden – über gesellschaftliche Schranken der Zeit (wie Klassen und Geschlecht) hinweg. Für die geistige Bewegung der Aufklärung, die Ende des 17. Jahrhunderts in Europa entstand und bürgerliche Freiheiten forderte, waren die literarischen Salons von zentraler Bedeutung. Veranstaltet wurden sie meist von Frauen, etwa von **Sophie von La Roche** in Offenbach oder von Clotilde Koch in Frankfurt am Main.

Flugblätter und Flugschriften stellten eine ganz wichtige Form dar, um die eigene Meinung zu verbreiten. Seit Erfindung des Buchdrucks konnten diese relativ einfach und billig vervielfältigt werden. Sie bildeten daher über lange Zeit eine häufig genutzte Ausdrucksform von Meinungsfreiheit. Ein weiterer Grund dafür: ihre Verbreitung ließ sich nur schlecht kontrollieren. In Form von Extrablättern lagen Flugblätter auch den ersten Zeitungen bei.

Mit Reden und Vorlesungen konnten weniger Menschen erreicht werden. Doch gerade Vorlesungen waren durchaus von Bedeutung, wenn es darum ging, Wissen und Ansichten zu verbreiten. So dienten (eigentlich wissenschaftliche) Vorlesungen dazu, politische Meinungen zu vertreten. Auch Lieder spielten bei der Verbreitung von Meinungen eine relevante Rolle. Unterschiedliche Gruppen nutzten gerade im Kampf um Freiheitsrechte Lieder dazu, ihren Protest öffentlich zu formulieren. Lieder- und Sängerfesten kam insbesondere in Zeiten der Zensur eine wichtige Funktion der freien Meinungsäußerung zu. Das Lied **„Die Gedanken sind frei"** fand bereits im 19. Jahrhundert weite Verbreitung.

Eine seit Jahrhunderten beliebte Form der (freien) Meinungsäußerung ist die **Satire**. In unterschiedlichen Formen, von Gedichten und Karikaturen auf Flugschriften und in Zeitungen bis hin zu Kabarettsendungen im Fernsehen, bietet die Satire die Möglichkeit, Kritik zu üben in bewusster Übertreibung und Provokation – bis hin zum Tabubruch.

Unter Bezug auf die „Narrenfreiheit" diente der Karneval als Ausdrucksform der Meinungsfreiheit: Im 19. Jahrhundert prangerten etwa Redner politische Missstände und Auswüchse der Zensur an.

Tony Sender

Die Politikerin und Journalistin Tony Sender (1888–1964) kämpfte für Frauenrechte. 1915 verteilte sie etwa die (illegale) Flugschrift „Manifest der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz".

Flugblätter und Flugschriften

Flugblätter (englisch für Flyer) lassen sich relativ schnell, einfach und preiswert herstellen. Zudem kannst Du einzelne Seiten rasch auslegen oder verteilen. Das macht Flugblätter auch für Meinungsäußerungen interessant, die eigentlich der Zensur unterliegen.

Anders als Flugblätter bestehen Flugschriften aus mehreren Seiten. „Der Hessische Landbote" (1834) von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig zum Beispiel umfasste acht Seiten. Die (illegale) Flugschrift prangerte soziale Missstände der Zeit an und rief zum Protest dagegen auf.

Die Gedanken sind frei,
Strophe 1

Die Gedanken sind frei,
wer kann sie erraten,
sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen,
es bleibet dabei:
die Gedanken sind frei.

* Was verbindet Sophie von La Roche mit Charlotte Roche?

* Was darf Satire? Findest Du, dass das „Schmähgedicht" von Jan Böhmermann durch das Recht auf Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst gedeckt ist?

* Ausstellungstipp: Stoltze-Museum, Frankfurt am Main. www.frankfurter-sparkasse.de/stoltze

* Ausstellungstipp: Caricatura Museum Frankfurt – Museum für Komische Kunst, www.caricatura-museum.de und die Caricatura Galerie für Komische Kunst in Kassel, www.caricatura.de

* Du kennst vielleicht das Kinderlied „Auf einem Baum ein Kuckuck saß". Warum das Lied besonders in der Revolution 1848 gesungen wurde, erfährst Du hier: www.volksliederarchiv.de

Mehr zu Tony Sender und Clotilde Koch findest du unter: www.frankfurterfrauenzimmer.de

3 WIE KANN ICH MEINE MEINUNG AUSDRÜCKEN?

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN

Plakate

Plakate sind ein Massenmedium. Sie richten sich zumeist in hoher Stückzahl an ein breites Publikum. Politische Plakate (in Abgrenzung zu Werbeplakaten) gibt es in unterschiedlichen Formen: Während Wahlplakate ein Instrument im Wettstreit der Parteien sind, dienen Propagandaplakate der Auseinandersetzung mit dem Gegner im ideologischen Kampf. Sozialkritische Plakate prangern gesellschaftliche Missstände an. Die Verbreitung Deiner Meinung auf einem Plakat ist mit einem relativ hohen Aufwand verbunden, da Plakate im öffentlichen Raum angebracht werden müssen.

Demonstrationen

Die Demonstration von Massen ist eine Form der Meinungsäußerung, die besonders seit dem 20. Jahrhundert verbreitet ist. Demonstrationen prägen das Bild der Bundesrepublik Deutschland – und der DDR: Der Volksaufstand 1953 in der DDR, die Großdemonstrationen im Zuge der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre sowie die Massendemonstrationen der Friedensbewegung in den 1980er Jahren in der BRD, die friedliche Revolution mit den Massendemonstrationen für Meinungsfreiheit in der DDR 1989. Frankfurt am Main war ein Zentrum der Proteste 1968. Zu den Wortführern zählte der spätere EU-Abgeordnete und Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit (* 1945). Auch heute noch gehen Menschen auf Straßen und Plätze, um öffentlich und gemeinsam ihre Meinung zu äußern.

Blogs

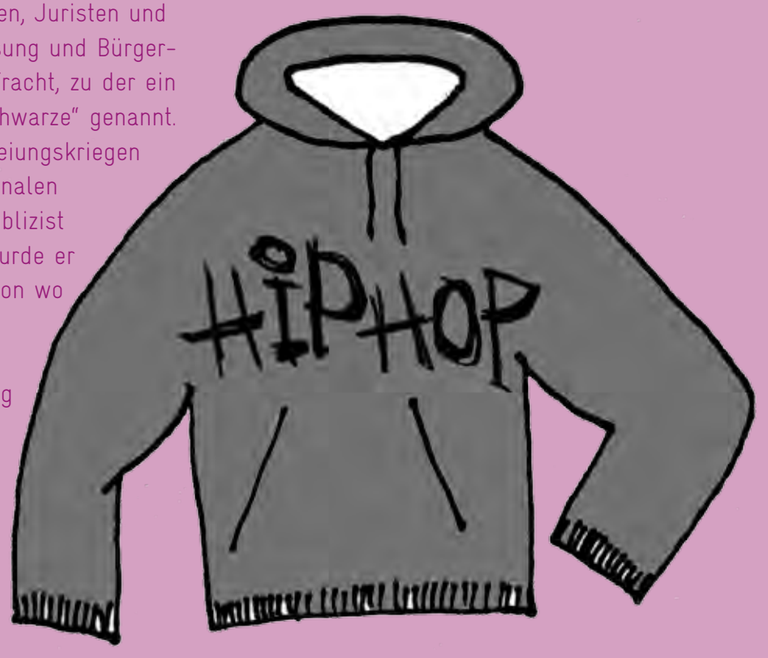
Ein Blog (Zusammensetzung aus Web und Log) ist ein Internetauftritt, auf dem eine oder mehrere Personen regelmäßig zu einem thematisch eingegrenzten Bereich Inhalte veröffentlichen. Angefangen hat das Ganze mit Online-Tagebüchern. Heute spielt die Vernetzung beim Bloggen eine große Rolle. Die Kommentarfunktion, die zu jedem Artikel aktiviert werden kann, ermöglicht eben diese Vernetzung. Du kannst also nicht nur Deine Meinung äußern, sondern auch Meinungen austauschen und diskutieren. Und das mit Personen, die einzig einen Internet-Zugang benötigen.

Mode und Musik

In Darmstadt und in Gießen trafen sich im Vormärz heimlich Studenten, Juristen und Künstler, um mit Flugschriften und anderen Aktionen für eine Verfassung und Bürgerrechte einzutreten. Selbstbewusst kleideten sie sich in altdeutscher Tracht, zu der ein meist schwarzer enger Mantel gehörte. Deshalb wurden sie auch „Schwarze" genannt. Das Tragen dieser Kleidung galt als aufrührerisch. Schon in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813 trug man sie als Ausdruck einer deutsch-nationalen Gesinnung. Zum Kreis der Darmstädter Schwarzen zählte auch der Publizist Wilhelm Schulz (1797–1860). Wegen seiner politischen Aktivitäten wurde er 1834 zu schwerer Festungshaft im Schloss Babenhausen verurteilt, von wo ihm jedoch die Flucht gelang.

Auch heute kannst Du durch Kleidung ausdrücken, was Deine Meinung ist – welcher Jugendkultur Du angehörst, welche politische Meinung Du vertrittst oder ob Du vegan lebst.

Mit der Musik verhält es sich ähnlich: Gestern wie heute gibt es Bands, die nicht nur Musik machen, sondern auch eine Meinung transportieren – von Metal bis Hip Hop, von Punk bis Protestsong.



3_2 DEMONSTRIEREN, KLEBEN, ANZIEHEN, TWITTERN: MEDIEN DER MEINUNGSFREIHEIT (2)

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln", heißt es im Grundgesetz, Artikel 8. Die **Demonstration** ist daher eine besonders geschützte Ausdrucksform der Meinungsfreiheit.

Eine andere Möglichkeit, Deine Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern, bieten Plakate. Im Prinzip sind **Plakate** großformatige Flugblätter, die in der Öffentlichkeit an Wände und andere Flächen geklebt werden. Plakate wollen vor allem eines: auffallen! Das trifft gleichermaßen auf Werbeplakate wie auf politische Plakate zu. Wenn Du Deine Meinung anhand eines Plakats verbreiten willst, ist die Gestaltung des Plakats von zentraler Bedeutung.

Graffiti ist ebenfalls eine Ausdrucksform, die vornehmlich mit grafischen Elementen (aus Text und Bild) auf Flächen arbeitet. Manche Graffitis – es gibt sehr viele verschiedene Formen – sind Ausdruck einer politischen Meinung. Im öffentlichen Raum, etwa auf Hauswänden, werden Graffitis allerdings häufig als Vandalismus wahrgenommen. Nur wenige Sprayer gelten als Künstler.

Du kannst Deine Meinung auch durch Deine **Kleidung** oder durch **Musik** ausdrücken. Beides ist keineswegs neu: Im 18. Jahrhundert war das Tragen einer Jakobinermütze ein klares Statement. Und mit spöttischen Liedern brachten Menschen schon vor Jahrhunderten ihren Unmut über gesellschaftliche und politische Verhältnisse zum Ausdruck.

Neu hingegen sind Ausdrucksformen, die erst das Internet ermöglichte. Dazu zählen soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter sowie **Blogs**. Die Möglichkeit der Verbreitung von Meinungen wurde dadurch revolutioniert: Mit einem Klick kannst Du Deine Meinung weltweit verbreiten. Zumindest theoretisch. Wichtig ist dabei, dass Du Deine Meinung anonym äußern kannst. In Ländern, in denen die Meinungsfreiheit eingeschränkt ist, birgt das Chancen. Aus der Anonymität heraus lässt es sich jedoch auch leichter beleidigen und verletzen.

Klaus Staeck (* 1938)

Mit politischen Plakat-Kampagnen provozierte der Grafiker Klaus Staeck (*1938) in den 1970er und 1980er Jahren. Seine sozialkritischen Plakate brachten ihm Anzeigen und Anklagen ein – die aber meist unter Bezug auf die (künstlerische) Meinungsfreiheit abgewiesen wurden. Als Präsident der Akademie der Künste in Berlin (2006–2015) und als Kolumnist setzt er sich für Meinungsfreiheit ein.

* Warst Du schon einmal auf einer Demonstration? Wofür gehen Menschen heute auf die Straße – und wofür nicht (mehr)?

* Facebook möchte, dass die Nutzer mit ihrem Namen erkennbar sind. Wie stehst Du dazu?

* Der bekannte Country-Sänger Johnny Cash (1932–2003) trug bewusst schwarze Kleidung. Die Begründung dafür hat er in einem Lied 1971 formuliert. Gibt es einen Zusammenhang zwischen den „Darmstädter Schwarzen", Johnny Cash und Jugendlichen, die sich heute bewusst schwarz kleiden?

* Schüler-Workshops zur Schrift und ihrer Wirkung veranstaltet das Klingspor Museum Offenbach, www.klingspor-museum.de

3 WIE KANN ICH MEINE MEINUNG AUSDRÜCKEN?

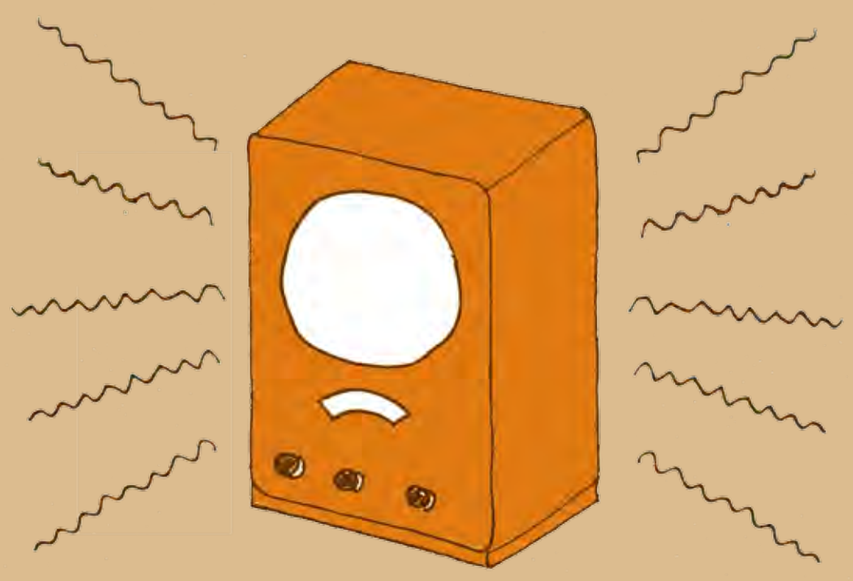
Herausgeber:

Reichstagsbrandverordnung
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, § 1:
„Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig."

Widerstand gegen den Nationalsozialismus
Aktiven Widerstand leisteten im Nationalsozialismus unterschiedliche Menschen und Widerstandsgruppen, teils unter Einsatz ihres Lebens. Anfangs kämpften besonders Kommunisten, Sozialdemokraten und andere linke Gruppen gegen das NS-Regime. Später engagierten sich im Widerstand verstärkt religiös oder ethisch motivierte Personen, zuletzt auch Teile des Militärs. Andere Menschen leisteten passiven Widerstand, in dem sie Anweisungen oder Befehlen des NS-Regimes nicht folgten.

Massenmedien im Nationalsozialismus
Moderne Massenmedien spielten eine zentrale Rolle in der Propaganda der Nationalsozialisten. Plakate warben für ihre Partei (die NSDAP) und deren Unterorganisationen, warnten vor dem Judentum und Andersdenkenden, feierten alles Soldatische und Militärische. Moderne Medien, wie das Radio und das Kino, wurden zu Zwecken der Propaganda missbraucht: Die Berichterstattung im Radio beruhte auf amtlichen Mitteilungen, im Kino liefen Propagandafilme oder unverfängliche Unterhaltung – aber keine kritischen Filme. Alles wurde staatlich kontrolliert.

Flugblätter dienten einerseits den Nationalsozialisten zur Verbreitung ihrer Meinung, andererseits boten sie Andersdenkenden die (illegale) Möglichkeit, ihre abweichende Meinung in die Öffentlichkeit zu tragen.



Sophie Scholl und die „Weiße Rose"
Sophie Scholl (1921–1943) und ihr Bruder Hans waren Mitglieder der „Weißen Rose", einer der bekanntesten Widerstandsbewegungen gegen Adolf Hitler. Sie wollte zeigen, dass viele Jugendliche gegen den Nationalsozialismus waren und trat mutig für ihre Meinung ein. Gemeinsam mit ihren Mitstreitern druckte und verteilte Sophie Scholl Flugblätter, in denen sie ihre Mitstudenten zum Widerstand aufrief. Im Anschluss an eine Flugblattaktion an der Münchner Universität wurden Hans und Sophie Scholl verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Manifest der Münchner Studenten

Wilhelm Leuschner
Der Politiker, Sozialdemokrat und Gewerkschafter Wilhelm Leuschner (1890–1944) warnte früh vor dem Erstarken des Nationalsozialismus. Schon 1930 – er war Hessischer Innenminister – rief er bei einer Rede in Darmstadt zum Widerstand und zur Verteidigung der Republik auf. 1933 wurde Leuschner verhaftet, in verschiedenen Konzentrationslagern gefangen gehalten und gequält. Nach seiner Freilassung 1934 engagierte er sich im politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er wurde 1944 erneut verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seit 1964 vergibt das Land Hessen als höchste Auszeichnung die „Wilhelm-Leuschner-Medaille".

Elisabeth Schmitz
Die in Hanau geborene Lehrerin und engagierte evangelische Christin Elisabeth Schmitz (1893–1977) tat im „Dritten Reich" mutig ihre Meinung kund. Sie setzte sich in der NS-Zeit für Juden ein. Seit 2011 ist sie „Gerechte unter den Völkern" in Yad Vashem (Israel). Das ist eine sehr hohe Ehrung für (nichtjüdische) Menschen, die während der Herrschaft der Nationalsozialisten Juden vor der Ermordung retteten.

4_1 MEINUNGSFREIHEIT IM NATIONALSOZIALISMUS

Wir leben heute in der Bundesrepublik Deutschland in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Meinungsfreiheit ist im Grundgesetz als Grundrecht festgeschrieben – sie erscheint uns beinahe selbstverständlich. Das war aber keineswegs immer so.

In der Zeit des Nationalsozialismus, im sogenannten „Dritten Reich" (1933–1945), war die Meinungsfreiheit aufgehoben. Nach dem Brand des Reichstags am 27. Februar 1933 wurde die **Reichstagsbrandverordnung** erlassen, welche die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft setzte. Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit konnten daraufhin ohne nähere Begründung vorgenommen werden. Sozialdemokratische und kommunistische Zeitungen wurden als erste reichsweit verboten.

Nach Ansicht der Nationalsozialisten bestand die Aufgabe der Presse nicht darin, die Bürgerinnen und Bürger möglichst breit zu informieren. Vielmehr sollte die Presse die Meinung der Nationalsozialisten verbreiten helfen. Für die Lenkung und Kontrolle der Presse (man nennt das auch Zensur) war das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda zuständig. Die oppositionelle Presse, also alle Zeitungen, die eine andere Meinung veröffentlichten, wurden bekämpft und verboten. Die Nationalsozialisten zensierten und verboten auch Bücher. Bei der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 warfen sie unerwünschte Bücher in die Flammen.

Die Nationalsozialisten versuchten gezielt, die politische Meinung und die Sichtweisen der Menschen zu formen und zu manipulieren. Den Versuch, die Meinung der Bevölkerung in eine bestimmte Richtung zu steuern, nennt man Propaganda – und das ist so ziemlich das Gegenteil von Meinungsfreiheit. Denn die Lenkung der Sichtweisen funktioniert am besten, wenn nur EINE Meinung geäußert werden darf. Für die Propaganda benutzten die Nationalsozialisten nicht nur die Presse, sondern auch andere **Massenmedien**, von Plakaten und Flugblättern bis hin zu Radio und Filmen.

In einem totalitären System – so wird eine Herrschaft bezeichnet, die die Bürgerinnen und Bürger vollkommen unterwerfen will – ist es oft gefährlich, sich öffentlich frei zu äußern. Außer natürlich, man stimmt mit der Meinung der Herrschenden überein … Mutige Frauen und Männer, die sich für die Freiheitsrechte einsetzen, werden verfolgt, verhaftet oder wurden sogar in Konzentrationslagern umgebracht. Im „Dritten Reich" war **Widerstand** gegen den Staat – und sei es „nur" die freie Meinungsäußerung – lebensgefährlich.

Peter Gingold
Der Frankfurter Antifaschist und Kommunist Peter Gingold (1916–2006) kämpfte während der NS-Zeit in Deutschland und Frankreich im Widerstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er nach Deutschland zurück. Als engagierter Zeitzeuge trat er bis ins hohe Alter vor Jugendlichen auf und argumentierte gegen Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Militarismus.

* Welche Konsequenzen können Dir heute drohen, wenn Du Deine Meinung öffentlich vertrittst?

* Kennst Du noch jemanden, der das „Dritte Reich" selbst erlebt hat?

* Welche aktuellen Beispiele für Propaganda sind Dir bekannt?

* Ausflugstipp: Auf der interaktiven Karte der KulturRegion könnt Ihr Orte in Rhein-Main recherchieren, die an die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten erinnern, z. B. in Frankfurt am Main, Darmstadt und Neu-Isenburg, www.krfrm.de/krfrm/interaktive-karte

* Der Studienkreis Widerstand 1933-1945 in Frankfurt am Main organisiert Schüler-Projekttage, bei denen man auch Einblick in die Arbeit eines Dokumentationsarchivs bekommen kann, www.widerstand-1933-1945.de

Beispiele für Flugblätter der „Weißen Rose" findest Du auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de).

Aus der Reihe „Informationen zur politischen Bildung" gibt es ein eigenes Heft „Widerstand gegen den Nationalsozialismus" (Heft 330/2016). Darin findest Du auch Literaturhinweise zum Thema „Widerstand von Jugendlichen".

4 WO SIND DIE GRENZEN DER MEINUNGSFREIHEIT?

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN

Grenzen der Meinungsäußerung im Internet

Eigentlich ist das weltweite Netz ein Medium der freien Meinungsäußerung. Staaten haben aber die Möglichkeit, die Veröffentlichung von bestimmten Inhalten im Internet zu kontrollieren und zu verbieten. In Deutschland sind zum Beispiel Beiträge verboten, die Kindesmissbrauch darstellen oder nationalsozialistische Gewaltverbrechen verherrlichen. In anderen Ländern werden die Grenzen anders gezogen. Problem: Das Internet orientiert sich nicht an nationalen Grenzen. Gesetzliche Regelungen von Internet-Sperren (Blockaden bestimmter Inhalte) sind umstritten. Das gilt auch für die Forderung nach Gesetzen, die soziale Netzwerke zum Löschen „offensichtlich strafbarer Inhalte" zwingen sollen.

Streitbarer Pfarrer: Kurt Oeser und die Startbahn West

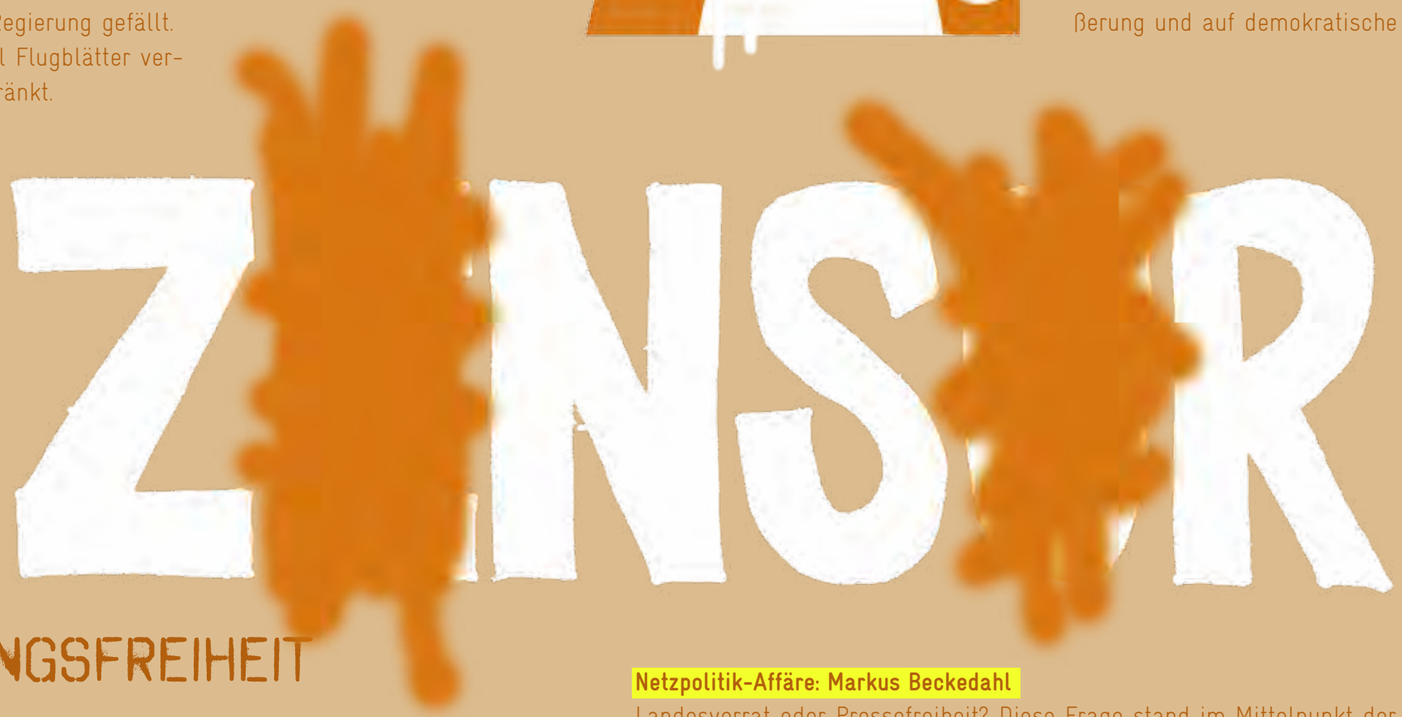
Der Theologe und Kommunalpolitiker Kurt Oeser (1928–2007), seit 1958 Pfarrer in Mörfelden, war von 1973 bis 1992 Umweltpfarrer der Evangelischen Kirche. Er gilt als einer der „geistigen Väter" und Initiatoren der Umweltschutzbewegung in Deutschland. Bekannt war Oeser als Pfarrer des Hüttendorfs, das Gegner der Startbahn West am Frankfurter Flughafen 1980 errichteten. Die Gegner der Startbahn West wehrten sich dagegen, dass für den Bau der Startbahn viele Bäume gefällt werden sollten. Auch der Fluglärm war ein Streitpunkt. Kurt Oeser lehnte Gewalt als Mittel des Protests ab – stritt aber für das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf demokratische Selbstbestimmung.

Zensur

„Eine Zensur findet nicht statt", heißt es im Grundgesetz, Artikel 5 (1), unter Bezug auf die Meinungsfreiheit. Unter Zensur der Medien ist zu verstehen, dass eine staatliche Behörde alles kontrolliert, was in Büchern, Zeitungen und Zeitschriften stehen soll. Der Staat bestimmt, was die Menschen im Fernsehen, in Filmen oder auf der Theaterbühne sehen dürfen und was nicht. Die Bürger sollen nur das erfahren, was der Regierung gefällt. Früher wurden aus diesem Grund zum Beispiel Flugblätter verboten oder das Demonstrationsrecht eingeschränkt.

Grundgesetz, Art. 5 (2)

„Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre."



4_2 GRENZEN DER MEINUNGSFREIHEIT BIS IN DIE GEGENWART

„Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was einem anderen nicht schadet", hieß es 1789 in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im Zuge der Französischen Revolution. Der Freiheit sind demnach Grenzen gesetzt. Auch in demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften. Im Grundgesetz wird die Meinungsfreiheit gleich in **Artikel 5 (2)** eingeschränkt. Wenn Deine Meinungsäußerung gegen bestimmte Einschränkungen verstößt, kannst Du Dich nicht auf die Meinungsfreiheit berufen. Manche Filme im Kino sind zum Beispiel auf eine bestimmte Altersgruppe beschränkt – Meinungsfreiheit hin, Meinungsfreiheit her.

Wo hört die Meinungsfreiheit auf? Obwohl es gesetzliche Regelungen gibt, muss die Frage immer wieder neu gestellt und beantwortet werden. Staatliche **Zensur** ist in Deutschland heute zwar verboten, es gab und gibt aber unterschiedliche Ansichten darüber, was durch Meinungs- und Pressefreiheit abgedeckt ist.

Wann wird (gewaltfreier) Protest unter Berufung auf Meinungsfreiheit zu illegalem Widerstand gegen die Staatsgewalt? Die Frage stellte sich etwa bei Protesten rund um den Bau der **Startbahn West** am Frankfurter Flughafen in den 1980er Jahren, bei Protesten der Antiatomkraftbewegung und Blockaden der Atommülltransporte.

Dürfen Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, wenn die innere Sicherheit gefährdet ist? In welchen Fällen gibt es überhaupt eine solche Gefährdung? 2005 durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) die Räumlichkeiten eines Journalisten und die Redaktion einer Zeitschrift, in der der Journalist einen Artikel veröffentlicht hatte. In dem Artikel zitierte er aus internen Akten des BKA. Begründet wurden die Durchsuchungen damit, dass sich die Pressefreiheit im Zweifel der inneren Sicherheit unterordnen müsse. Das Bundesverfassungsgericht, also das höchste Gericht in Deutschland, hat das staatliche Handeln nachträglich als verfassungswidrig eingestuft. Auch in der **„Netzpolitik-Affäre"** (2015) ging es um die Frage „Landesverrat oder Pressefreiheit?".

Der Meinungsfreiheit sind auch dort Schranken gesetzt, wo die „persönliche Ehre" eines anderen Menschen verletzt wird. Du darfst also niemanden beleidigen oder bedrohen und Dich dann auf die Meinungsfreiheit berufen. Das gilt natürlich auch für **Meinungsäußerungen im Internet**.

Netzpolitik-Affäre: Markus Beckedahl

Landesverrat oder Pressefreiheit? Diese Frage stand im Mittelpunkt der sogenannten Netzpolitik-Affäre (2015). Der Blog netzpolitik.org, in dem Themen der digitalen Freiheit im Internet behandelt werden, veröffentlichte aus vertraulichen Berichten des Verfassungsschutzes. In den Berichten ging es um den Aufbau einer neuen Abteilung zur Überwachung des Internets. Gegen Journalisten des Blogs sollten daraufhin Ermittlungen wegen des Verdachts auf Landesverrat aufgenommen werden.

Einer der Journalisten war der Gründer und Chefredakteur des Blogs netzpolitik.org, Markus Beckedahl (*1976), der sich für Meinungsfreiheit im Internet und gegen dessen Überwachung einsetzt. Beckedahl erhielt Unterstützung von Medien und Personen, die die Ermittlungen gegen ihn als Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit werteten. Das Verfahren wegen Landesverrats wurde eingestellt.

* Wo hört für Dich die Meinungsfreiheit auf?

* Nach der Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed (2005) in einer dänischen Zeitung kam es zu weltweiten Protesten. Ist die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen ein Ausdruck von Meinungs- und Pressefreiheit? Suche nach Argumenten dafür und dagegen!

* Ausflugstipp: Die Hüttenkirche als Symbol für den friedlichen Protest gegen die Startbahn West im Flörsheimer Wald. Die evangelische Gemeinde nutzt die Hüttenkirche noch für Veranstaltungen und Gottesdienste. Nähe Vitrolles-Ring, 64546 Mörfelden-Walldorf.

* Ausstellungstipp: Mediengeschichte(n) neu erzählt! Dauerausstellung im Museum für Kommunikation Frankfurt, www.mfk-frankfurt.de

4 WO SIND DIE GRENZEN DER MEINUNGSFREIHEIT?

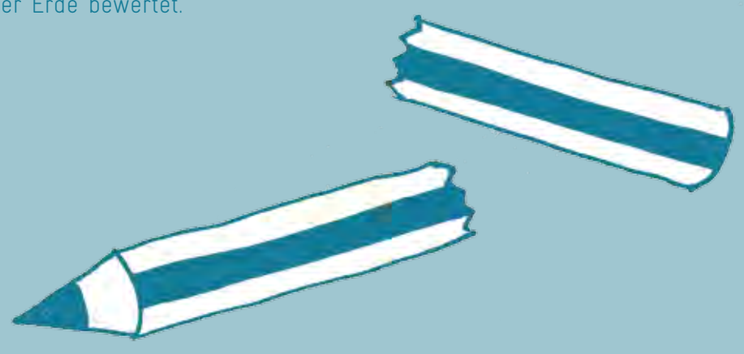
Herausgeber:

Pussy Riot
Pussy Riot ist eine 2011 gegründete Punkrock-Band aus Russland, in der ausschließlich Frauen mitwirken. Die feministische, kirchen- und regimekritische Band tritt bewusst illegal im öffentlichen Raum auf, etwa in Metrostationen und auf öffentlichen Plätzen. Pussy Riot prangert an, dass in Russland allgemeine Menschen- und Bürgerrechte nicht eingehalten werden. Ein illegaler Auftritt der Band in einer Moskauer Kirche 2012 machte sie bekannt. Die Frauen wurden noch in der Kirche verhaftet und später zu Haftstrafen verurteilt, was weltweit Aufsehen erregte und teils als Skandal bewertet wurde.

Sanath Balasooriya (* 1970)
Der Journalist Sanath Balasooriya stammt aus Sri Lanka. In seiner Heimat arbeitete er als Redakteur und Mitherausgeber einer Tageszeitung. Gemeinsam mit anderen Journalisten organisierte er Proteste gegen die Verletzung der Pressefreiheit in Sri Lanka, etwa dem Übergriff staatlicher Behörden auf eine Redaktion und die Einschränkung der Rechte von Journalisten. Balasooriya erhielt daraufhin Morddrohungen und musste Sri Lanka schließlich verlassen. Seit 2011 lebt er mit seiner Frau im Exil in Darmstadt. Als Blogger kämpft er von Deutschland aus für die Meinungsfreiheit in Sri Lanka.

Amnesty International und Reporter ohne Grenzen
Der Brite Peter Benenson gründete 1961 die Organisation Amnesty International. Sie setzt sich weltweit für Menschenrechte ein, unter anderem durch Brief- und Unterschriftsaktionen, die auf die Situation von politisch Gefangenen aufmerksam machen sollen. Weltweit hat Amnesty International rund sieben Millionen Mitglieder. 1977 wurde die Organisation mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Seit 1985 gibt es die Organisation Reporter ohne Grenzen. Sie wurde in Frankreich gegründet und kämpft auf der ganzen Welt für Pressefreiheit und gegen Zensur. Jedes Jahr am 3. Mai, dem Welttag der Pressefreiheit, veröffentlicht Reporter ohne Grenzen den sogenannten „Press Freedom Index", eine Rangliste, die die Pressefreiheit in den Staaten der Erde bewertet.



„Lügenpresse"
„Lügenpresse" ist ein Schimpfwort, das sich abwertend auf Medienschaffende bezieht. Es unterstellt den Journalisten und Journalistinnen, absichtlich die Unwahrheit zu schreiben, und dadurch vermeintlich wahre Sachverhalte zu verschweigen bzw. zu unterdrücken. Der Begriff wurde erstmals im 19. Jahrhundert verwendet. Heute benutzen oft Verschwörungstheoretiker den Ausdruck. Im Jahr 2014 wurde „Lügenpresse" zum Unwort des Jahres gewählt. Seit 2015 beschimpfen zunehmend Teile der Neuen Rechten Medien und Journalisten als Vertreter der „Lügenpresse".

Raif Badawi (* 1984)
Raif Badawi ist ein Blogger und Internet-Aktivist aus Saudi-Arabien – einem der Länder, in denen es kein Recht auf freie Meinungsäußerung gibt. Badawi gründete ein Internet-Forum, dessen Teilnehmer Themen aus Politik und Religion diskutierten. Er machte friedlich von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Wegen „Beleidigung des Islams" wurde er verurteilt, inhaftiert und öffentlich ausgepeitscht. 2015 erhielt er den Sacharow-Preis für geistige Freiheit, eine hohe Auszeichnung der EU für Menschen, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen.

5_1 MEINUNGSFREIHEIT WELTWEIT

„Leisten wir uns den Luxus, eine eigene Meinung zu haben." Im 19. Jahrhundert, als Otto von Bismarck diese Aussage tätigte, hättest Du Deine Meinung noch nicht selbstverständlich frei äußern können. Im 21. Jahrhundert gelten Meinungs- und Pressefreiheit allgemein als Voraussetzungen für Demokratie. In Ländern mit demokratisch verfassten Regierungen – wie in Deutschland – garantieren unabhängige Gerichte die Meinungsfreiheit.

In vielen Ländern ist es Menschen aber nicht möglich, das Recht auf Meinungsfreiheit auszuüben. Wer es dennoch wahrnimmt oder einfordert, der wird bedroht, gefoltert, manchmal sogar ermordet. Besonders gefährlich ist es für diejenigen Menschen, die ihre Meinung in der Öffentlichkeit vertreten. Das trifft auf Journalistinnen und Journalisten zu, ebenso auf Menschen, die in Politik, Kunst und Kultur ihre Meinung öffentlich wirksam äußern.

Es gibt Organisationen, die sich für Meinungs- und Pressefreiheit weltweit einsetzen. Auf Ebene der Vereinten Nationen (der UNO) ist es die UNESCO, die Meinungsfreiheit weltweit fördert und den Aufbau unabhängiger Medien unterstützt. Nichtregierungsorganisationen wie **Amnesty International** und **Reporter ohne Grenzen** prangern Missstände an und setzen sich für verfolgte und bedrohte Kämpferinnen und Kämpfer der Meinungsfreiheit ein – weltweit.

Auch in Deutschland gibt es immer wieder Angriffe auf die Pressefreiheit, wenn bei Demonstrationen Reporter verprügelt und die freien Medien als **„Lügenpresse"** beschimpft werden. In Ländern der EU gab es terroristische Anschläge auf Menschen und Institutionen, die für die Meinungsfreiheit in Europa stehen, darunter der blutige Angriff auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo" 2015 in Frankreich. Aus Angst vor Terrorismus und Gewalt werden Freiheitsrechte beschränkt.

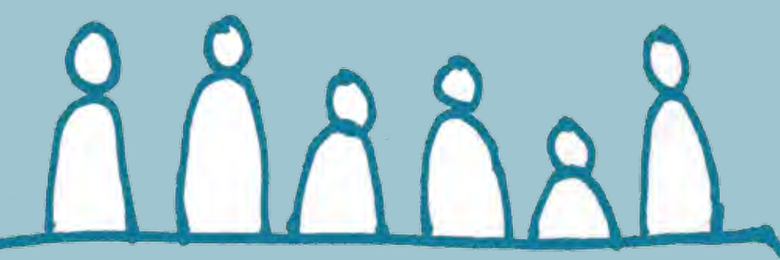
* Die Organisation Reporter ohne Grenzen veröffentlicht jährlich den „Press Freedom Index". Welche Länder belegen aktuell die Top 10? Und welche die letzten zehn Ränge? Was verbindet diese Länder jeweils? Die aktuelle Länder-Rangliste zur Pressefreiheit findest Du unter www.reporter-ohne-grenzen.de

* Im Januar 2015 verübten Terroristen einen Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charly Hebdo" in Paris. Was waren die Hintergründe? Welche unterschiedlichen Auffassungen von Meinungsfreiheit spielten dabei eine Rolle?

Mehr Informationen über Journalistinnen und Journalisten, die aufgrund ihres Einsatzes für die Meinungs- und Pressefreiheit verfolgt wurden, findest Du unter www.wahrheitskaempfer.de

Die Geschichte des Raif Badawi behandelt ausführlich das 2015 veröffentlichte Buch „1000 Peitschenhiebe. Weil ich sage, was ich denke".

Herausgeber:
KulturRegion FrankfurtRheinMain
Hessische Landeszentrale für politische Bildung
HESSEN



Facebook und Twitter

Facebook und Twitter gehören zu den bekanntesten (und einflussreichsten) sozialen Netzwerken für private Nutzer.

Das 2004 gegründete Netzwerk zählt 2017 rund zwei Milliarden Mitglieder weltweit. Sehr viele Menschen beziehen ihre Informationen hauptsächlich über Facebook. Kritiker werfen Facebook unzureichenden Datenschutz vor.

Über den Kurznachrichtendienst Twitter (englisch für Gezwitscher, gegründet 2006) können angemeldete Nutzerinnen und Nutzer telegrammartige Nachrichten im Internet verbreiten, sogenannte „Tweets". Twitter wird immer mehr in der Politik und im Wahlkampf eingesetzt. Auch soziale und politische Bewegungen profitieren von der schnellen Verbreitung kurzer Nachrichten. Wie Facebook sammelt Twitter persönliche Daten der Nutzer und schlägt daraus Profit. Wenn Du Nutzer bist, werden auch Deine Daten, Gewohnheiten und Kontakte zu wirtschaftlichen Zwecken genutzt und ausgewertet.

Digitale Kluft

Nicht jeder Mensch hat freien Zugang zum Internet – und nicht jeder hat einen Internet-Zugang zu Hause. Informationen sind daher nicht für jede und jeden in gleichem Maße zugänglich. Die Digitale Kluft beschreibt einerseits internationale Unterschiede. So haben in Südkorea über 90 % der Bürgerinnen und Bürger einen Internet-Anschluss – in Äthiopien weniger als 10 %. Andererseits ist auch innerhalb der Länder der Zugang nicht überall gleich verteilt, selbst in Ländern der westlichen Welt. Alter, Einkommen und Bildung können sich auf den Zugang zum Internet auswirken. Und auf die Kompetenz, sich im Internet mit wichtigen Informationen zu versorgen. Menschen mit körperlichen Einschränkungen, etwa Sehbehinderte, sind von bestimmten Nutzungen ausgeschlossen.

Daphne Caruana Galizia

Die maltesische Journalistin und Bloggerin Daphne Caruana Galizia (1964–2017) war bekannt für ihre investigative Arbeit. Sie verfolgte das Ziel, kontroverse und heikle Informationen offenzulegen. In ihrem Blog begleitete sie kritisch politische Entwicklungen in ihrer Heimat und darüber hinaus. Im Oktober 2017 wurde sie bei einem Attentat mit einer Autobombe getötet.

Partizipation 2.0

Unter Partizipation 2.0 werden Methoden verstanden, die klassische Formen der Bürgerbeteiligung ergänzen durch Anwendungen im Internet. Dazu zählen Social-Media-Gruppen, interaktive Web-Plattformen, Diskussionsforen und Online-Umfragen. Partizipation 2.0 beseitigt räumliche und zeitliche Barrieren und ermöglicht es Bürgern, sich zu beteiligen und sich mit anderen Usern auszutauschen, wann immer sie Zeit dazu haben. Neue Formen der Partizipation können außerdem Menschen erreichen, die herkömmliche Medien wie Zeitungen oder Radio weniger nutzen. Sie sprechen insbesondere die sogenannten „Digital Natives" an, also Menschen wie Dich, die in der digitalen Welt aufgewachsen sind.

Liken/Disliken

In den sozialen Medien ersetzt das schnelle Liken und Disliken häufig eine genaue Auseinandersetzung mit Meldungen und Meinungen. Das Like-Prinzip kennt nur zwei Möglichkeiten: Daumen hoch, Daumen runter. Beobachter sagen, dass diese Form der Meinungsbildung die wachsende Spaltung in unserer Gesellschaft verstärkt.

Christian Rickerts

Christian Rickerts (*1975) ist ein Verfechter des Freien Wissens. Er engagierte sich für „Reporter ohne Grenzen" und Wikimedia Deutschland. Die Grundphilosophie von Wikimedia ist es, dass jeder Experte sein kann und das Wissen, das er hat, teilen kann. Eines der Produkte von Wikimedia ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia.

Wikipedia

Der Name Wikipedia setzt sich zusammen aus Wiki (entstanden aus wiki, dem hawaiischen Wort für „schnell"), und dem englischen „encyclopedia". Ziel von Wikipedia ist der Aufbau einer Enzyklopädie, eines umfangreichen Nachschlagewerks, durch freiwillige und ehrenamtliche Autoren. Die deutschsprachige Version der Wikipedia gibt es seit 2001. Anders als herkömmliche Nachschlagewerke ist die Wikipedia frei und kostenlos im Internet verfügbar. Die Artikel können ständig aktualisiert werden und Du kannst frei daraus zitieren, solange Du die Quelle korrekt angibst. In manchen Ländern ist die Nutzung des Online-Lexikons jedoch gesperrt.

5_2 INTERNET UND DIGITALE WELTEN

Im 21. Jahrhundert bietet das Internet Dir neue Möglichkeiten der (freien) Meinungsäußerung und der Verbreitung von Meinungen. Mit einem Klick kannst Du Deine Meinung in die Welt schicken und mit anderen teilen, zu Demonstrationen und Protesten aufrufen und Dich mit Gleichgesinnten vernetzen.

Soziale Netzwerke wie **Facebook** und **Twitter** erleichtern es Dir, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. Der Austausch von Informationen und Meinungen läuft heute vielfach über diese Medien. Selbst der amerikanische Präsident twittert seine Meinung in die Welt. Die ungefilterte Meinungsäußerung birgt allerdings auch Gefahren. Hasskommentare, Bedrohungen und Mobbing sind Teil der digitalen Realität. Ebenso gezielte Fehlinformationen. Attacken aus dem anonymen Hinterhalt sind an der Tagesordnung. 2017 verabschiedete die deutsche Bundesregierung ein umstrittenes Gesetz, das soziale Netzwerke verpflichtet, „Hate Speech" (Hasssprache) und Falschnachrichten auf ihren Seiten zu löschen.

Auch für die Teilhabe an politischen Prozessen wird das Internet zunehmend genutzt. Neue digitale Formen der Teilhabe werden unter dem Begriff **Partizipation 2.0** zusammengefasst. Keine Wahl findet heute mehr statt ohne den Einfluss sozialer Medien. Auch neue Foren der Diskussion, wie etwa Barcamps (offene Tagungen, deren Inhalte die Teilnehmenden selbst festlegen und diskutieren), greifen auf sie zurück.

Auf der einen Seite kannst Du Dich im Internet relativ umfassend informieren, etwa mit dem Online-Lexikon **Wikipedia**. Es bietet Dir aber auch die Möglichkeit, selbst daran mitzuarbeiten.

Der Zugang zu Internet und sozialen Medien erleichtert es Dir, Dich gegen Einschränkungen von Meinungsfreiheit in der ganzen Welt einzusetzen. Auf der anderen Seite darf man nicht außer Acht lassen, dass das Internet und soziale Netzwerke nicht für alle Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Der Zugang zum Internet und die Kompetenz dazu, sich im Netz zu informieren, sind ungleich verteilt (**Digitale Kluft**). Digitale Ausgrenzung ist die Folge.

* Kennst Du Menschen, die sich NICHT im Internet „auskennen" oder die von der Nutzung ausgegrenzt sind?

* Was sind die Vor- und Nachteile von Wikipedia – und was hat das mit Meinungsfreiheit zu tun?

* Was versteht man unter einem „Whistleblower"?

* Angenommen, Du hast ein wichtiges Anliegen und willst etwas verändern, wie äußerst Du Deine Meinung? Ist es wirksamer, eine Online-Petition zu unterschreiben oder auf der Straße zu demonstrieren?

* Mit Petitionen kannst Du für etwas Unterschriften sammeln und Menschen mobilisieren, etwa auf einer der größten Plattformen, die es dafür gibt: www.change.org/de

* Museumstipp: In der neuen Dauerausstellung im Museum für Kommunikation Frankfurt geben „21 Köpfe" einen Ausblick über Trends der Kommunikation im 21. Jahrhundert.

Auf den Internetseiten der Bundeszentrale für politische Bildung findest Du zahlreiche weitere Informationen über „Partizipation 2.0" und über einen cleveren Umgang mit sozialen Netzwerken.

5 MEINUNGSFREIHEIT IM 21. JAHRHUNDERT

Herausgeber: